

# Schuhmacher-Fachblatt

Erforsche die Wahrheit,  
Dann kommt du zur Klarheit.

## Organ der deutschen Schuhmacher

Erscheint jeden Sonntag. — **Abonnementpreis** pro Quartal durch die Expedition per Kreuzband bezogen 1,10 Mk., bei der Post 96 Pf. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Auch zu beziehen durch die Expedition in Ostfa. Kreuzbandbezüge innerhalb Deutschlands und nach Oesterreich kosten 4 Exemplare a 1 Mk. 10 Pf. pro Quartal, 5 und mehr Exemplare a 85 Pf. pro Quartal; nach der Schweiz und dem übrigen Ausland unter 4 Exemplare a 1 Mk. 80 Pf. pro Quartal, 4 und mehr Exemplare a 90 Pf. pro Quartal. — Das „Schuhmacher-Fachblatt“ steht in der Postzeitungs-Preisliste unter Nr. 8840. — **Anzerate** werden mit 25 Pf. die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet. Bei dreimaliger Wiederholung 5 Prozent Rabatt, bei fünfmaliger 15 Prozent, bei zehnmaliger 20 Prozent, bei zwanzigmaliger 33 1/2 Prozent und bei jährlicher Aufnahme 60 Prozent Rabatt.

Nr. 47

Gotha, 23. November

1902

### Das Ende der Arbeiterschutzgesetzgebung.

Berufswahl wird Unfuss, Wohlthat Plage.

Seitdem in England zur Erforschung bestimmter Verhältnisse seitens des Parlaments planmäßige Untersuchungen und Erhebungen eingeführt worden sind, ist man auch seitens anderer Länder der Reihe nach dazu gelangt, sich ebenfalls dieser als sehr zweckmäßig bewährten Mittel zu bestimmten Zwecken zu bedienen. Daß man dieses Mittel aber auch zur Vermittlung einer guten Sache, zur Verhinderung jedes weiteren ernsthaften sozialen Fortschritts benutzen kann, zeigt die neueste Sozialpolitik der deutschen Reichsregierung.

Auf Veranlassung des Reichskanzlers beschäftigten sich nämlich die kapitalistischen Handelskammern, die reine Unternehmerorganisationen sind, sowie die Fabrikinspektoren mit der Beantwortung folgender Fragen: „Erscheint es zweckmäßig und durchführbar: 1. Die nach § 137 Abs. 2 der Gewerbeordnung zulässige tägliche Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabzusetzen; 2. die nach § 137 Abs. 3 zu gewöhnliche Mittagspause von 1 Stunde auf 1 1/2 Stunden zu verlängern; 3. den Arbeitschluß am Sonnabend und an den Vorabenden von Festtagen auf eine frühere Stunde als 5 1/2 Uhr zu verlegen und auf welche und zwar allgemein oder nur für einzelne Industriezweige?“

Diese Fragestellung an sich könnte man als unbedenklich bezeichnen und daher ohne weiteres annehmen, sie sei ernst gemeint und nur in der festen Absicht, die deutsche Arbeiterschutzgesetzgebung um ein gutes Stück fortzuführen, erfolgt. Allein da erinnert man sich, daß gleiche und ähnliche Erhebungen schon früher stattgefunden und ein reiches Material ergeben haben. Wir erinnern daran, daß im Jahre 1895 die Fabrikinspektoren zu berichten hatten über die Wirkungen des 1892 neu eingeführten Arbeiterschutzes auf die Arbeiterinnen und Arbeiter, auf die Produktion und Lohnhöhe etc. Im Jahre 1897 folgten die Erhebungen über die Notwendigkeit des jantäner Maximalarbeitstages für gesundheitschädlichen Industrien und endlich 1899 die umfangreichen Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen, über die Wirkungen derselben in verschiedenen Beziehungen und über die Maßnahmen, die zu ergreifen seien, um gegen die ermittelten Mißstände Abhilfe zu schaffen. Als solche Maßnahmen wurden von den Fabrikinspektoren vorgeschlagen die Reduktion der in der Gewerbeordnung normierten täglichen Arbeitszeit von 11 Stunden für die Arbeiterinnen auf 10 bzw. 9 bzw. 8 Stunden (die bezüglichen Ansichten der Aufsichtsbeamten gingen in dieser Beziehung auseinander), die gesetzliche Einführung der obligatorischen 1 1/2 bis 2 stündigen Mittagspause, die gesetzliche Bestimmung der Freigabe des Sonnabend-Nachmittags von 12 Uhr mittags ab, die Aufstellung gesetzlicher Vorschriften zum Schutze der Frauen während der letzten Monate der Schwangerschaft, die Ausdehnung der gesetzlichen Schutzzeit der Wöchnerinnen von 4 auf 6 bzw. 8 Wochen und Unterstützung derselben während dieser Zeit, gesetzliche Festsetzung jener gesundheitschädlichen Arbeiten, von deren Verrichtung alle Arbeiterinnen ausgeschlossen bleiben sollen.

Was vor drei Jahren das Reichsamt des Innern von den Aufsichtsbeamten wünschte, das ist ihm in reichem Maße und in erpakter, bestimmter Form zu teil geworden und die bezüglichen Berichte hefteten umso mehr die ernsteste Beachtung und Verwendung zu gesetzgeberischen Zwecken, als an den Erhebungen die weitesten Kreise: Arbeiterinnen, Arbeiter, Unternehmer, Ärzte, Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, Krankenkassen u. s. w. beteiligt waren und so nicht den Charakter der Einseitigkeit trugen. Man hatte daher das Recht, auf eine Vorlage des Bundesrates an den Reichstag zur Fortführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu hoffen, allein es vergangen die Jahre 1900 und 1901, ohne daß sich im Reichsamt des Innern etwas regte und es hatte allen Anschein, daß das Jahr 1902 ebenso ergebnislos verlaufen werde, als zur Ueberwachung die erwähnte Fragestellung bekannt wurde. Jedem Kenner der Verhältnisse mußte sie als eine neue, durch nichts zu rechtfertigende Verschleppung der fortschrittlichen Reform der Arbeiterschutzgesetzgebung erscheinen, als eine Bemäntelung des Mangels an gutem Willen, für die Arbeiterschaft etwas zu thun. Die neuen Erhebungen erscheinen aber in um so schlimmerem Lichte,

als bekannt wurde, daß die Fragen nur an Unternehmerorganisationen und nicht auch an die Arbeiterorganisationen gerichtet wurden und daß es der Regierung nur darum zu thun sei, ein ganz einseitig beschaffenes und gegen jede Verbesserung des bestehenden Arbeiterschutzes gerichtetes Material zu erlangen. Und daß die Regierung mit ihrer neuesten, ebenso einseitigen wie überflüssigen Erhebung wirklich diese unsoziale, arbeitereindliche Absicht verfolgt, hat mit mehr Offenheit als Klugheit ein Unternehmer selbst verraten, nämlich der Vorsitzende der Bremer Handelskammer, der Kommerzienrat Hartfels, der in der betreffenden Sitzung, in der sich die Handelskammer mit der Beantwortung der gestellten Fragen beschäftigte, erklärte, daß diese Umfrage der Regierung nur den Zweck habe, geeignetes Material gegen die Verabreichung der Arbeitszeit zu erlangen, um es bei den in Aussicht stehenden Verhandlungen im Reichstage gegen die sozialdemokratischen Forderungen zu benutzen. Es empfehle sich deshalb, eine einheitliche Erklärung der Unternehmer gegen den gesetzlichen Zehnstundentag der Arbeiterinnen zustande zu bringen. „Die Regierung denke gar nicht daran, den gesetzlichen Zehnstundentag für die Arbeiterinnen einzuführen.“

Diese Äußerungen des Bremer Kommerzienrates, die bis jetzt von amtlicher Seite nicht als unzutreffend dementiert worden sind, lassen die neueste Umfrage der Regierung als eine lebende Komödie, als ein unwürdiges Spiel mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft und allen jenen bürgerlichen Kreisen mit Einschluß der Fabrikinspektoren erscheinen, die in dieser Sache im großen Ganzen mit den Arbeitern übereinstimmen. Und die Umfrage wird selbstverständlich auch den Erfolg haben, der mit ihr beabsichtigt ist, nämlich die Erlangung von Material zur Bekämpfung aller Arbeiterschutzforderungen. Soweit bis jetzt die bezüglichen Beschlüsse der Handelskammern bekannt geworden sind, lauten alle ablehnend gegenüber allen Arbeiterschutzforderungen. Typisch hierfür ist der Bericht der Karlsruher Handelskammer, die zirka 80 Unternehmer, welche in ihren Betrieben Arbeiterinnen beschäftigen, antrage und die in Anknüpfung daran in ihrem Berichte sagt:

„Danach besteht die zehnstündige Arbeitszeit schon heute in einer beträchtlichen Anzahl der befragten größeren Betriebe, ebenso ist die 1 1/2 stündige Mittagspause in einigen bedeutenderen Fabriken von Karlsruhe bereits eingeführt. Geleglich die Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf zehn Stunden festzusetzen, den Arbeitschluß an Sonnabenden auf eine frühere Stunde als 5 1/2 Uhr anzusetzen, sowie die Mittagspause von 1 Stunde auf 1 1/2 Stunden zu verlängern, erscheint der Handelskammer nicht wünschenswert. Aus den ihr zugegangenen Äußerungen geht hervor, daß durch eine derartige Aenderung bedeutende Schädigungen der Interessenten und namhafte Störungen in den bezüglichen Betrieben verursacht werden würden. Es sollte aber bei der jetzigen gedrückten Geschäftslage der Industrie neben den vielen andern Lasten für soziale Zwecke nicht ein neues Opfer zugemutet werden. Das großherzogliche Ministerium des Innern soll deshalb gebeten werden, im Bundesrate dafür einzutreten, daß von einer weiteren Beschränkung der Arbeitszeit der gewerblichen Arbeiterinnen auf dem Wege der Reichsgesetzgebung abgesehen wird.“

Eine ganze Sammlung von Widersprüchen. Man gibt zu, daß bereits in zahlreichen Betrieben der Zehnstundentag besteht, aber man will ihn nicht gesetzlich normiert haben. Als ob der gesetzliche Zehnstundentag ein anderer wäre, als der fakultative, auf Verlangen der Arbeiter eingeführte Zehnstundentag. Ebenso verhält es sich mit der gesetzlichen 1 1/2 stündigen Mittagspause, die ja ebenfalls schon heute in vielen Betrieben besteht. Und nicht minder gibt es Betriebe, in denen heute schon der Sonnabend-Nachmittag freigegeben oder doch schon in den frühen Nachmittagsstunden Feierabend gemacht wird. Der Widerstand der Unternehmer gegen die gesetzliche Sanction dessen, was ihr, kann daher nur aus mancherlei, grundsätzlicher Abneigung gegen die soziale Gesetzgebung überhaupt erklärt werden. Aber dem gegenüber muß wieder festgestellt werden, daß es sich jetzt gar nicht um die Einführung eines neuen Prinzips in die Gesetz-

gebung handelt, denn über alle diese Fragen enthält die Gewerbeordnung schon seit 10 Jahren eine ganze Reihe von Bestimmungen, sondern nur um die Weiterführung dieses Prinzips. Ob gesetzlicher Elf-, Zehn- oder Achtsundentag ist daher heute nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Die Zweckmäßigkeit aber ist dargethan durch die reichen Erfahrungen, die seit Jahrzehnten in allen Industrieländern und in allen Industrien mit dem Zehn-, Neun- und Achtsundentag gemacht worden sind. Auch die deutsche Industrie hat solche Erfahrungen gesammelt. Es sei daran erinnert, daß der Berliner Jalouiefabrikant Frese im Jahre 1892 in seinen vier Fabriken den Achtsundentag eingeführt und damit die besten Erfahrungen gemacht hat, desgleichen die Fabrik für optische Instrumente (Karl Reiß-Stiftung) in Jena und zahlreiche andere Fabriken; ferner, daß in den Berliner Schuhfabriken seit Jahren der Neunstundentag besteht und sich durchaus bewährt hat, während der Zehnstundentag in der deutschen Schuhindustrie wie in der Industrie überhaupt die weiteste Verbreitung hat und gerade als die gegenwärtig geltende Normalarbeitszeit bezeichnet werden könnte. Bemerkenswert ist auch die Äußerung, die jüngst auf der in Köln abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft für soziale Reform der Gladbacher Fabrikant Brandis machte. Er führte aus, daß er früher die 10 1/2, dann die 10- und zuletzt die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt habe und dadurch in jener Konkurrenzfähigkeit nicht beeinträchtigt worden sei.

Unermüdet und mit gewohnter Rücksichtslosigkeit ist die Scharfmacherpresse an der Arbeit, die Fortführung der Arbeiterschutzgesetzgebung zu verhindern. Natürlich fehlt in dem Chor der Scharfmacher auch die Presse der Schuhfabrikanten nicht. So druckt „Schuh und Leder“ die gegnerischen Äußerungen aus den rheinisch-westfälischen Unternehmerräumen ab, die besonders betonen, „daß eine allgemeine gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit der weiblichen Arbeiter auch eine notwendige Verkürzung der Arbeitszeit der männlichen Arbeitsträger nach sich ziehen müßte, da in vielen Betrieben die eine Arbeit von der andern abhängig sei und die ganze Arbeitszeit hindurch alle Arbeiter Hand in Hand arbeiten müßten, wenn nicht eine bedeutende Betriebsförderung die Folge sein sollte“ und wozu dann das Blatt mit den zwei Seelen der Leder- und Schuhfabrikanten in der Brust bemerkt: „Das letztere trifft besonders in der Schuhfabrikation zu und würde vorwiegend die Einführung einer gesetzlich festgesetzten kürzeren Arbeitszeit für weibliche Arbeiter auch dort auf Schwierigkeiten stoßen.“

So! Worin wohl diese „Schwierigkeiten“ beständen? Wenn heute schon Arbeiterinnen und Arbeiter in den Schuhfabriken 10, 9 und 8 Stunden, infolge der Krise sogar teilweise 7 und 6 Stunden arbeiten, ohne Schwierigkeiten, woher sollen diese dann plötzlich kommen, wenn der Zehnstundentag gesetzlich sanktioniert würde? Mit solchen gedankenlosen, läppischen Einwänden, die keine Spur von kritischem Nachdenken, von geistiger Arbeit betunden, hoffen diese öden und unfähigen Scharfmacher jeden weiteren Fortschritt in der Arbeiterschutzgesetzgebung aufhalten zu können.

Den paar hunderttausend Unternehmern nebst ihren Scharfmachern stehen Millionen Arbeiter gegenüber, welche die Fortführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der ganzen sozialen Gesetzgebung fordern und die auch an das Ziel kommen werden trotz alledem. Das arbeitereindliche Unternehmertum kann wohl den sozialen Fortschritt erschweren und verlangsamen, aber aufhalten vermag es ihn doch nicht. Und darum kein Stillstand in der Sozialpolitik, sondern Fortschritt, der dem ganzen Volke zum Segen gereicht.

### Aus unserm Beruf.

— **Augsburg.** Bei der Firma Joseph Stadler sind Differenzen ausgebrochen. Wir bitten die Kollegen (Schuharbeiter), insbesondere die Kollegen Münchens, den Zugang fernzuhalten, da sämtliche Arbeiter genannter Firma am 8. November die Arbeit niederlegten.

— **Delitzsch.** Die Differenzen bei der Firma Sonntag u. Franke wurden durch die Vermittlung des Kollegen Fabian aus Magdeburg beigelegt und ist damit die Sperrung als aufgehoben zu betrachten.

**— Oberwalde.** Ueber die Füllschubfabrik von A. Brodt ist bis auf weiteres die Sperre verhängt. Wir bitten den Zugang auch weiterhin nach hier fernzuschalten.

**— Frankfurt a. M.** Bei der Firma Joseph v. Alzer sind wieder Differenzen ausgebrochen und Mahrgesuchen vorgenommen worden. Zugang ist fernzuschalten.

**— Wühlhausen i. Th.** In der Sacklungsschubfabrik sind bei den Zwaidern Differenzen ausgebrochen. Der Zugang ist streng fernzuschalten.

**— Wismarsen.** In der Schubfabrik von Karolina Kaufmann sind die Zwaidern wegen Lohnbifferenzen in den Streit getreten, nachdem die gültigen Vereinbarungen seitens der Firma abgelehnt wurden. Zugang ist fernzuschalten.

**— Wismarsen.** In der Schubfabrik von Leopold Wirth sind bei den Zwaidern Lohnbifferenzen ausgebrochen und zwar wegen Lohnregulierung eines neu eingeführten Artikels und der Forderung der Zwaidern. Zugang ist fernzuschalten.

**— Hagenberg.** In der Feinleinen Schubfabrik kam es am 31. Oktober zu einem Streik in Goodyear (Woolsey-Betrieb). Die Ursache der Arbeitsniederlegung lag in den fortwährenden Lohnregulierungen, welche der Betriebsleiter Herr Krippendorff vorzunehmen beabsichtigte. Zugang ist streng fernzuschalten.

**— Kobalzen.** Bei der Firma Wilhelm Serrus sind die Zwaidern in den Ausstand getreten. Zugang ist streng fernzuschalten.

**— Straßburg.** Bei der Firma A. S. G. sind Lohnbifferenzen vorgenommen worden, bis zu 1 M. pro Paar. Ferner sollten die Kollegen der Firma aus dem Verein deutscher Schuhmacher austreten. Die Kollegen legten die Arbeit nieder. Zugang ist fernzuschalten.

**— Aktion — Reaktion.** Die erfreulichen Fortschritte unserer Organisation in Pirna s. a. S. haben die dortigen Schuhfabrikanten veranlaßt, sich ebenfalls zu organisieren und sollen dem neugegründeten Fabrikantenverein bereits circa 70 Mitglieder beigetreten sein. Vorsitzender bestellte ich Herr Ludwig Stopp. Der Verein soll das notwendige Gegenmittel bilden gegen die täglich mehr sich straffende Organisation der Arbeitervereine und gegenseitige Unterstützung bei Abwehr unangenehmer Streiks bewirken. Es soll der Verein keine Kampforganisation sein, sondern nur dem Frieden im Betriebe dienen. Sollen sich schließen sich die dem Vereine noch Fernstehenden ebenfalls an, um durch friedliches Zusammenwirken die Schäden der Brande, wenn auch erst nach und nach, zu heilen. Im Interesse einer geordneten Entwicklung unserer heimischen Industrie sowohl als auch im Interesse unserer Arbeiterklasse hoffen wir das Beste! Der für das historische Museum reisen Liebmanns sind den „unangenehmsten Streiks“, die man abwehren wolle, gegenüber fei konstatiert, daß es sich bei den bisherigen Lohn- und Streikbewegungen der Arbeiter ausschließlich um Abwehr unangenehmer Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse seitens der Fabrikanten handelte. Es wäre wünschenswert, daß der neue Fabrikantenverein in erster Linie hier einsetze, dadurch würde er am sichersten die Abwehr unangenehmer Streiks bewirken.

**— Geschäftslage in der Schuhindustrie.** Aus Erzurt wird berichtet, daß die dortigen Schuhfabrikanten gegenwärtig mit Beschäftigung seien, aber leider zu unbedeutenden Schichtzahlen. Man hofft aber auf eine allgemeine Besserung der Preise und gleichzeitig auf einen günstigen Verlauf der Konkurrenz. Einem Bericht der Fabrikantenpresse aus Pirna ist zu entnehmen, daß man sich großen und ganzen in Anbetracht der Zeiten mit dem gegenwärtigen Geschäftszustand zufrieden sein könnte. Alle Fabrikanten sind ziemlich wohl beschäftigt, in einzelne „Glückliche“ arbeiten sogar mit Überfluß, ein Beweis, daß es besser ist. In diesem Jahre zeigt jeder Monat gegen den Vormonat, soweit zur Beurteilung der Wirtschaftslage maßgebend sein kann, eine erfreuliche Besserung der Geschäftslage. So wurden im Juli verlassenen Monat Oktober gegen den Monat September 8000 Paare mehr verfertigt. Gestagt wird auch in Pirnais über den unbedeutenden Stand der Preise.

**— Die Realthe Maschinengesellschaft über die Schuhindustrie.** Am 21. März 1902 abgehaltenen und jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht der Realthe Maschinengesellschaft in Frankfurt a. M. lesen wir über die Verhältnisse der Schuhindustrie unter anderem folgendes: „Somahl der heimische, wie der ausländische Markt gegenwärtig verminderte Aufnahmefähigkeit, was sich in allen großen Industriezweigen in unangenehm fühlbar gemacht hat. Die bei weltanschaulichen Krisen immer zu beobachten ist, weisen sich die mit den betroffenen Geschäftszweigen in Zusammenhang stehenden anderen Geschäftszweigen gleichfalls einen Rückgang auf. Die Schuhfabriken hatten unter Abkühlung der Preise und Verdrängung zu leiden und wurden vielfach gezwungen, ihre Produktion einzuschränken und teilweise auf Lager zu arbeiten. Viele Schuhfabrikanten haben sich genötigt, ihre Fabrikate unter dem Vertriebspreise zu verkaufen und schädigen hierdurch nicht nur sich selbst, sondern überhaupt das lokale Geschäft. Die vielen Zusammenbrüche in dieser Branche (worunter wir trotz der augenblicklichen größten Verdrängung auch zu leiden hatten) verurteilen Misträuen und Ängstlichkeit, welche uns vorstehende Zurückhaltung auferlegten. Die infolge der Liquidation der verunglückten Schuhfabriken in großer Anzahl auf den Markt gekommenen Maschinen bedingten natürlich das regelmäßige Geschäft. Eine weitere Ursache des verhältnismäßig geringen Gewinnes liegt in der scharfen Konkurrenz vornehmlich durch den amerikanischen Export. Um dieser zu begegnen und eine unabhängige Position zu bewahren, haben wir uns genötigt, eine große Anzahl neuer amerikanischer Maschinen selbst bauen zu lassen. Die Anfertigung der Modelle nahm jedoch einen beträchtlichen Zeitaufwand in Anspruch und verursachte viele Kosten, welche aber voraussichtlich später unserem Geschäft wieder zu Gute kommen werden. Durch den Umstand, daß der amerikanische Export die Welt im großen Maße überflutet, haben wir früher in unserem Geschäftsbereich gut eingeführt und in großer Quantität betriebenen Artikel, angeliefert und uns den Vertrieb entgegen zu setzen, was eine andere Fabrik in Amerika zu tun und deren Fabrikate neu einzuführen, was innerlich uns nicht leicht wurde und ist es begreiflich, daß wir einen nicht unbedeutenden Ausfall hatten.“ Bei einem verminderten Umsatz von 812489 M. erzielte die Gesellschaft nur einen Nettogewinn von 8750 M., wovon 2500 M. an die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes verteilt wurden. Vom laufenden Geschäftsjahre werden bessere Resultate erwartet. Da Anzeichen für die allgemeine Besserung der Geschäftslage vorliegen und bei der besten Aussicht sich auch wieder Kaufkraft bemerkbar macht.

**— 24 Prozent Dividenden und 10 Prozent Zantkemen.** Im ganzen 1687508 M. verteilen die Vereinigten Gummiwaren-Fabrikanten ihre „festigen und einbringenden“ Aktionäre. Für soziale Paragewende wurden 165000 M. bemittelt; 100000 M. an den Arbeiterunterstützungsfonds, 25000 M. für Jubiläumsgelder für Arbeiter und Beamte, 40000 M. dem Gratifikationsfonds der Beamten. Um wie viel hätten die bekanntlich in diesen für die Aktionäre goldreichen Jahren niedrigen 24 Prozent der Arbeiter erhöht werden können, wenn man dazu die 125000 M. verwendet hätte. Und die beste Wohlstandseinstellung ist und bleibt ein hoher, auskömmlicher Arbeitslohn. Die so reich bedachten Aktionäre klagen dann noch, daß die Arbeitslosenkommission den Zoll auf Gummi durch nicht auf 120 M. erhöht, sondern „nur“ auf 100 M. festgelegt habe, damit sie in Deutschland ein vollständiges Monopol und eine vollständige Preisbildung aufrichten und noch höhere Dividenden erzielen könnten. Was beweist, wozu die hohen Zölle dienen.

**— Unfallversicherung.** Der Vorstand der Bekleidungsindustrie-Versicherungsgesellschaft veröffentlicht folgenden Aufruf: „Auf

Veranlassung des Reichsanntes des Innern hat das Reichs-Versicherungsamt an die Versicherungsgesellschaften die Aufforderung gerichtet, für die Beschädigung der vom Reich einzureichenden fähigen Ausstellung für Unfallversicherung und Gewerbehygiene besorgt zu sein. Das Ausstellungsgelände steht bereits in der umweit der technischen Hochschule. Diejenigen Firmen, die sich an der Ausstellung beteiligen wollen, werden ersucht, sich an der Ausstellung den Bedarf an Flächenraum für die auszustellenden Gegenstände der Verwaltung der fähigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsannt des Innern, Berlin W. 64, Wilhelmstraße 74 mitteilen.

**— 10 Unfälle** sind in der Zeit vom 27. Okt. bis 1. Nov. aus dem deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten bei der Bekleidungsindustrie-Versicherungsgesellschaft gemeldet worden.

**— Der Zentralverband des Schweizerischen Schuhmacherverbandes** hatte an seine Sektionen zwei Briefe geschrieben: 1. Wie können wir an Orten, in denen Berufslogen in Schuhfabriken oder Hand-Schuhmacherzahl zahlreich beschäftigt werden, Sektionen unseres Verbandes gründen? 2. Mit welchen Mitteln können wir die schon bestehenden Sektionen unseres Verbandes in die Höhe bringen? Von den Preisrichtern wurden an folgende Sektionen Briefe verteilt: Basel 1. Preis, Zürich 2. Preis, Kreuzlingen 3. Preis, Bern 4. Preis. Der Zentralverband wird all die Anregungen zu vertieren suchen; ebenso wird derselbe bestrebt sein, die besten Antworten im Druck erscheinen zu lassen.

### Eine interessante Korrespondenz.

Ueber das Verhalten der Firma Gierle & Treibmann in Dresden ihren Arbeitern gegenüber, hat zwischen dem Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher und dem Vorsitzenden des deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten-Verbandes, Herrn Kommerzienrat Manz in Bamberg, ein Briefwechsel stattgefunden, welcher seinen Abschluß darin fand, daß dem Vorstand unseres Vereins durch Herrn Manz am 15. d. M. folgendes Schreiben zugeht:

Bamberg, 14. Nov. 1902.

Anlaßlich der s. Z. geführten Verhandlungen zwischen dem Herrn Gierle & Treibmann und ihren Arbeitern wurden mir seitens des Vertreters des Vereins deutscher Schuhmacher, Herrn Simon, Aufschreiben zugeht, in welchen der genannte Herr die schwere Bitterkeit geäußert wird, daß sie die, den Arbeitern bei den Verhandlungen gegebenen Versprechen nicht gehalten habe. Ich war bemüht, das mir zur Verfügung gestellte Material in objektiver Weise zu prüfen und bin zu der Überzeugung gekommen, daß jene Beschuldigungen unbegründet sind.

Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.  
Manz, 1. Vorsitzender.

Dieses Schreiben veranlaßt uns, den in Frage kommenden Fall auch an dieser Stelle ausführlich zu behandeln, was wir wohl am besten dadurch thun, daß wir den ganzen Briefwechsel der Öffentlichkeit übergeben, um zu zeigen, in welcher „objektiver“ Weise Herr Kommerzienrat Manz die Angelegenheit geprüft haben muß.

Am 9. Oktober erhielten wir die Mitteilung, daß die Firma Gierle & Treibmann ihr Versprechen, auf Grund dessen die Arbeit wieder aufgenommen wurde, nicht einhalte, worauf sich der Vorsitzende des Vereins, Kollege Simon, mit Herrn Manz telephonisch in Verbindung setzte und ihn auf die Folgen des Verhaltens der Firma aufmerksam machte.

Herr Manz ver sprach zu intervenieren und ersuchte um nähere betriebliche Mitteilung. Es wurden nun der Reihe nach folgende Schriftstücke gewechselt:

Bamberg, 9. Okt. 1902.  
An den Verein deutscher Schuhmacher  
Rürnberg.

Auf heutige telephonische Unterhaltung Bezug nehmend, teilen wir Ihnen mit, daß Gierle & Treibmann nicht Mitglied unseres Vereins sind. Trotzdem haben wir, weil wir es Ihnen einmal verpflichtet haben, an die Zeit geschrieben und wollen gerne hoffen, daß unsere Interventionen zu Erfolg begleitet ist.

Hochachtungsvoll  
Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.  
Manz.

In den Vorständen  
des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten,  
Herrn Kommerzienrat Manz in Bamberg.

Zurückkommend auf unsere telephonische Unterredung erlaube ich mir zu dem in Frage stehenden Falle folgendes mitzuteilen: Bei der Firma Gierle & Treibmann in Dresden waren um laufenden Jahre wiederholt Differenzen. Am 14. Juli hatten ca. 50 Arbeiter, weil die Firma jede Verhandlung ablehnte, die Arbeit niedergelegt. Durch Verhandlung einer Kommission wurde der Streik nach an demselben Tag beigelegt. Die Firma ver sprach die geringsten Lebensbedingnisse zu bezeugen; nach wenigen Tagen jedoch traten diese Lebensbedingnisse zum Teil noch in schärferer Weise an, die Kommission der Arbeiter verlangte am 5. August, die Firma solle das früher mündlich gegebene Versprechen schriftlich geben, dies lehnte die Firma nicht nur ab, sondern sie hat die Kommission sofort entlassen und erklärt, daß alle diejenigen Arbeiter, welche sich mit der Kommission solidarisch fühlten, ebenfalls entlassen seien; die Folge war, daß ca. 50 Arbeiter die Fabrik verließen. Nunmehr verlangte die Firma von den entlassenen Arbeitern den Austritt aus dem Verein deutscher Schuhmacher, dann könnten sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Alle Bemühungen, welche sich auf meine Intervention hin der Bürgermeister von Wobau und der bezugsweise Vorsitzende des Fabrikantenvereins in Dresden, Herr Sprung, gegeben, um die Firma von diesem Verlangen abzurufen, waren erfolglos. So dauerte die Aussperrung weiter. Am Sonnabend, den 21. September, erklärte sich die Firma bereit, die Forderung: Austritt aus der Organisation fallen zu lassen und acht Arbeiter einzustellen. Die Aussperrten ließen sich da noch über 800 Ausgesperrte vorhanden waren — hierauf nicht ein, sie verlangten, daß diese eingestellt werden müßten. Am 26. September erklärte die Firma einer Kommission der Aussperrten, es solle 11 Arbeiter sofort und die übrigen — mit Ausnahme von 4, welche sie näher bezeichnete — innerhalb 14 Tagen eingestellt werden und gegen die Organisation solle nichts mehr unternommen werden. Wir riefen unseren Kollegen, dieses Angebot anzunehmen und wurde dann auf Grund dieses Versprechens die Arbeit am 29. September aufgenommen. Bis heute hat aber die Firma weiter keinen von den Aussperrten eingestellt. Die Arbeiter sind selbstverständlich hierüber sehr aufgebracht; eine Versammlung, welche stattgefunden hat, zeigte das Resultat, daß wenn bis längstens Sonnabend, den 11. d. M., die Einstellung der Aussperrten — mit Ausnahme der obengenannten 4 —, es sind deren noch 9 oder 10, nicht erfolgt ist, daß auch diejenigen, welche die Arbeit wieder aufgenommen haben, wieder austreten werden. Es würde dann selbstverständlich der Kampf von neuem beginnen und durch das Nichthalten des von der Firma gegebenen Versprechens noch bedeutend verschärft werden. Wir hielten es daher für unsere Pflicht, Sie von dem Vorgehen der Firma Gierle & Treibmann, welches ein Verstoß gegen Treu und Glauben ist, in Kenntnis zu setzen.

Hochachtungsvoll  
J. A. S. Simon.

Auf dieses Schreiben, welches Herr Manz der Firma Gierle & Treibmann zur Rückführung übermittelte, erhielten wir die nachfolgenden Schreiben zugehend:

Bamberg, 15. Okt. 1902.

An den Verein deutscher Schuhmacher  
Rürnberg.

Einliegend überreiche ich Ihnen den Originalbrief der Firma Gierle & Treibmann zur gefl. Kenntnisnahme und eventueller Rückführung. Das Schriftstück erhalte ich mir zurück.

Hochachtungsvoll  
Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.  
Manz.

An den Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten zu Händen des Herrn Kommerzienrat Manz-Bamberg. Im Besitze des Schriftstückes, welches Ihnen Herr Simon als Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher überreicht hat, diene Ihnen zur Nichtigstellung folgendes.

Am 14. Juli er. kam erwidert Herr Simon aus Nürnberg zu uns, um im Auftrag eines Teiles unserer Arbeiter verschiedene angeblich vorliegende Differenzen zu sichten. Wir lehnten die Intervention ab, da wir grundsätzlich nur mit unseren Arbeitern direkt, ohne Vermittlung dritter Personen, zu thun haben wollten. Nach dem Fortgange des Herrn Simon ersuchte eine von unseren Arbeitern gewählte Kommission, welche erklärte, sie möchte nun, nach Ablehnung des Herrn Simon, um eine sofortige Verhandlung ersuchen. Als korporatives Mitglied der Dresdener Schuh- und Schäftefabrikanten melden wir den Vorgang dem Vorsitzenden Herrn Gd. Hammer, welcher die Ablehnung des Herrn Simon billigte und die Meinung ausdrückte, daß es besser sei, wenn die etwa vorhandenen kleinen Differenzen direkt mit den Reuten geschlichtet würden.

Der anwesende Chef unserer Firma, Herr Treibmann, hat darauf mit dem genannten Komitee eine Verhandlung anberaumt und sind ihm drei Punkte zur Erledigung vorgelegt worden. Wir geben Ihnen beiliegend eine Abschrift des Protokolls jener Sitzung, nach welchem jene drei Punkte glatt erledigt worden sind. Etwas anderes als diese schriftlich niedergelegte Vereinbarung ist nicht verhandelt worden und können Sie sich selbst überzeugen, ob hierin von irgend einem Versprechen unternommen die Rede ist. Die wir nun auf die weiteren Punkte der Angelegenheit eingehen, möchten wir vor allen Dingen wissen, welcher Art das angebliche Versprechen unternommen sein soll und wie wir nach Aufführung hierüber Sach, weiter auf die Sache einzugehen.

Die ganze Sache, eine Herovorscheidung von nachgehender Wichtigkeit, ist in der Grundlage von einem früheren Arbeiter namens Gienberger (war einige Zeit Marktflecker bei uns) aufgeführt worden. Derselbe hat den Posten eines Verbandsführers beim Verein deutscher Schuhmacher inne und ist als Wähler bekannt. Wenn Herr Simon vorstehend nicht auf den einen einzigen Parteipunkt gefaßt hätte, dann wäre er nicht so ohne weiteres von Nürnberg nach hier gekommen, um sich in eine zweifelhafte Sache zu mischen, welche zu keinem Erfolg führen konnte.

Schließlich, und das ist gewiß auch im Sinne der anderen Herren Fabrikanten, möchten wir die Bitte aussprechen, Sie wollen fernerhin gefälligst dahin wirken, daß Herr Simon sich in solchen Fällen doch von Anfang an an den Verband deutscher Schuh- und Schäftefabrikanten wenden möge und nicht erst dann, wenn der Karren gründlich verfahren ist. Es dürfte denn wohl ein gut Teil Verdruss, Unannehmlichkeiten und gegenseitiger Schaden erpart werden, als in der jetzt vor ihm beliebenen Art.

Hochachtungsvoll  
Gierle & Treibmann.

Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten  
zwischen der Firma Gierle & Treibmann, Dresden-Wobau und den Vertretern ihrer Arbeiterschaft von Seiten der Bodenfabrikation am 16. Juli 1902.

Zur persönlichen Verhandlung mit der Firma erschienen folgende Vertreter der Arbeiterschaft:  
Paul Förster,  
Emil Weiser,  
Paul Neumann,  
Otto Berger.

Herr Treibmann eröffnete die Verhandlungen und fragte, was die Arbeiter wegen der angeblichen Lohnreduktion vorzubringen haben. Paul Förster gibt zu, daß die vor 4 Wochen angelegte Lohnreduktion bei den Arbeitern Otto Baisel nicht eingetreten ist. Demnach kann eine Zurücknahme derselben einer Lohnreduktion nicht erfolgen, wie unter Punkt 1 gewünscht wird.

In Punkt 2. Die Kündigung kämmer wird als erledigt betrachtet, wenn er sich verpflichtet, die Abzüge zu polieren, bevor die Stilleschließung erfolgt. Die Wohnverordnung für denselben bleibt dieselbe wie bisher. Reginald Gotthelf ist die Kündigung als erledigt betrachtet, sobald derselbe die der Firma entfallende Schädigung in Höhe von 3 M. übernimmt. Derselbe Punkt 3 wird zur Tagesordnung übergegangen, da die Angelegenheit nach gegenseitiger Aussprache gefaßt worden ist. Seitens der Firma wird erklärt, daß die Aufhebung einer Kündigung auch seitens der Lohnarbeiter erfolgen soll, wie dies schon bei den Zwaidern der Fall ist, betriebs des Zeitpunktes unterliegt derselbe noch einer gegenseitigen Vereinbarung, doch soll dies spätestens Anfang Oktober er. eingeführt werden.

Nach erklärt die Firma, daß den Arbeitern die Koalitionsfreiheit völlig gewahrt bleiben soll.  
Dresden-Wobau, den 16. Juli 1902.  
gez. Paul Förster, gez. Gierle & Treibmann.  
Emil Weiser,  
Paul Neumann,  
Otto Berger.

Bemerkung. Das uns später übergebene zweite Schriftstück enthält 10 Punkte und zwar alle wirklich wichtiger Art. Von schlechter Behandlung ist darin keine Rede mehr. Uebrigens kann man nicht verstehen, wie die Leute über schlechte Behandlung klagen können, wo sie doch anderwärts sich so sehr bemühen, wieder in unsere Fabrik hereinzukommen.

Rürnberg, 16. Okt. 1902.  
Herrn Kommerzienrat Manz, Bamberg,  
Vorsitzender des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten.

Auf Ihre freundliche Zuschrift nebst Anlage vom 15. d. M. erwidern wir Ihnen, daß unser Versprechen, Herr Simon, s. Z. verwehrt ist, sobald derselbe zurück sein wird, werden wir denselben zur Rückführung veranlassen. Sie uns überhanden Schriftstücke werden wir alsdann zurücksenden.

Hochachtungsvoll

Nachdem Kollege Simon von der Reife zurückkam, ging das nachfolgende Schreiben an Herrn Manz ab:  
An den Vorsitzenden des Schuh- und Schäftefabrikanten-Verbandes  
Herrn Kommerzienrat Manz

in Bamberg.  
Von der Reife zurück, erlaube ich mir auf Ihre gefällige Zuschrift vom 15. c. zurückzukommen und auf das gefälligst überhandte Schreiben der Firma Gierle & Treibmann zu erwidern. Wenn die Firma Gierle & Treibmann die Sache so hinzustellen beabsichtigt, als wolle sie gar nicht um was es sich handelt, so verweise ich mir auf die mir überhandte Kopie. In derselben heißt es: Punkt 3 wurde zur Tagesordnung übergegangen, da die Angelegenheit nach gegenseitiger Aussprache gefaßt worden ist. Dieser Punkt 3 lautet: Anhängige Behandlung der Arbeiter. Die Arbeiter beschwerten sich darüber, daß sie nicht nur allein von Seiten der Herren Fabrikanten und Verführer mit allen möglichen Intentionen belegt worden seien, welche man in „Rittiges Umgang mit Menschen“ vergebens suchen würde, sondern daß sie auch in der unbedingten Weise mit Strafen belegt wurden. Bei der Verhandlung mit der Kommission hatte die Firma dies

als untergeordnet hingestellt und Abhilfe versprochen; mit diesem Versprechen gaben sich die Arbeiter zufrieden und verzichteten auf eine schriftliche Niederlegung. Es ging auch acht Tage lang gut und waren die Arbeiter zufrieden. Nachdem man es aber viel schlimmer als vorher. Es würde zu weit führen, wollte ich alles das, worüber sich die Arbeiter beklagten, hier anzuführen. Nur einen Fall will ich herausgreifen. Ein Arbeiter der Firma saubere Lacke für die Firma, weil angeblich die Lacke zu leicht seien. Die Firma verlangte nun von dem Arbeiter, daß er den Schaden erzeuge. Der Arbeiter weigerte sich, indem er darauf hinwies, daß die Arbeit von dem Meister abgenommen und für gut befunden wurde. Der Meister selbst erklärte, daß die Lacke nicht zu leicht seien, schließlich verlangte die Firma, daß der Arbeiter das Porto bezahlen solle. Diese Vorgänge führten dazu, daß die Arbeiter ein Schriftstück aufstellten, in welchem sie verschiedene Punkte, wegen deren sie sich beklagten, niederschrieben und bei der Firma vorlegten. Darauf ohne weiteres die Entlassung erfolgte.

Es mag alles dies für die Firma „Nichtigkeit“ sein, jedenfalls können aber die Arbeiter verlangen, daß wenn sie sich beschweren können, ihnen Gelegenheit zur Vorbringung ihrer Beschwerden gegeben wird. Und wenn es lauter „Nichtigkeiten“ gemeldet sind, was das dann nötig, daß die von den Arbeitern gemachten Klagen einfließen müßten?

Ueber die Situation unseres Vertrauensmannes Effenberg als Arbeiter kann ich nur sagen. Es genügt zu konstatieren, daß Effenberg, welcher früher bei der Firma als Stahler gearbeitet, an der ganzen Angelegenheit unbeteiligt war. So jagt mir wie nachweisen können, von einer Arbeitsüberlegung abgesehen hat. Die Arbeiter waren aber so erüttert, daß sie auf dieses Jureden nicht hörten.

Wenn die Firma zum Schluß bemerkt, daß wir uns von Anfang an an den Verband der Schuß- und Schäftefabrikanten wenden sollen, so treffen sich — wie Ihnen bekannt sein dürfte — hier unsere Wünsche. Auch wir sind der Meinung, daß der Streit ein zweifelhaftes Gewicht ist, welches beiden Seiten Schaden schlägt. Wir haben bis jetzt auch nichts getan, um, soweit es an uns lag, die entstehenden Differenzen in Güte zu schlichten, wenn uns dies nicht immer gelungen ist, so lag dies nicht an uns. Wir benutzen dieses, um von neuem zu erklären, daß wir zu jeder Zeit bereit sind, mit dem Verband der Schuß- und Schäftefabrikanten zwecks Beilegung entstandener Differenzen in Unterhandlung zu treten und empfehlen unsere vor zwei Jahren gemachten Vorschläge zur geeigneten Erwägung.

Der Vorstand des Verbandes der Schuß- und Schäftefabrikanten könnte sich jedenfalls ein Verdienst um die Schlichtung verdienen, wenn er an seinem Teil dazu beitragen würde, daß die Herren Fabrikanten ihren ablehnenden Standpunkt aufgeben würden.

#### Hochachtungsvoll

J. M. J. Simon.

#### Nachschrift.

Da die Firma Gerbe & Treibmann der Kopie über die Verhandlung mit der Kommission eine Bemerkung anfügt, daß in dem zweiten Schriftstück, welches zehn Punkte enthält und zwar alle „wichtigster Art“, von schlechter Behandlung keine Rede gewesen ist, teile ich im nachstehenden die Punkte, welche das Schriftstück enthalten hat, mit, damit auch Sie in der Lage sind, sich über die „Nichtigkeit“ der Beschwerden ein Urteil bilden zu können.

Punkt 1. Zurückzahlung des vom Zwider abgezogenen Portos.

Punkt 2. Entschädigung der durch die numerierten Hefenle entstandenen Verzögerung.

Punkt 3. Berechnung und Auszahlung der bei der Abrechnung sich ergebenden hohen Fehlschneide.

Punkt 4. Beilegung der im Stanzraum ununterbrochen nicht zu erreichenden Erhöhung des Arbeitspensums und der fortgesetzten schlechten Behandlung der dort beschäftigten Arbeiter.

Punkt 5. Regelung bez. des Verhaltens des Herrn Treibmann junior den Arbeitern gegenüber.

Punkt 6. Das Koalitionsrecht und unsere Fabrikversammlungen, Kollegen Ordnung betr.

Punkt 7. Die Abnahme der Arbeit durch den Meister entbehrt den Arbeiter von jeder weiteren Verantwortung.

Punkt 8. Regelung der Materialausgabe.

Punkt 9. Aufstellung und Aushängen von Lohnlisten und Werkstattordnungen.

Punkt 10. Kontrolle der Strafgeber. D. D.

Und diesem letzten ausführlichen Schreiben vom 28. Oktober folgte die Antwort des Herrn Manz, daß die Beilegung, die Firma Gerbe & Treibmann habe das ihren Arbeitern gegebene Versprechen nicht gehalten, ungebührlich ist.

Darauf fügt sich nun Herr Manz in seinem Urteil? Hat er die Arbeiter, welche die Aufhebung erfordern, gehört? Nein, mit solchen Kleinigkeiten gibt man sich nicht ab.

Herr Manz war, wie er scharf bemerkt, das ihm zur Verfügung gestellte Material objektiv zu prüfen! Was war dies für Material? Ebenfalls ein Antwortschreiben der Firma auf unser Schreiben vom 28. an Herrn Manz, worin die Firma natürlich alles als Unmaßnahme hingestellt, und hierauf fällt dann Herr Manz sein Urteil. Und das soll eine objektive Prüfung sein?

Ein Wort des Zabels, daß die Firma einem Arbeiter das Porto für retournierte Briefe abgezogen hatte, trotzdem selbst der Werkführer erklärte, der Arbeiter wage keine Schuld, sein Wort darüber, daß die Firma den Arbeitern den verdienten Lohn nicht voll auszahlte u. s. w. Das sind ja alles nur Nichtigkeiten, sagt die Firma Gerbe & Treibmann und Herr Manz?

Und die Hauptsache, um die es sich handelt? Wir hatten den Vorwurf erhoben, die Firma habe ihre den Arbeitern gegebenen Versprechen nicht gehalten.

Dieser Vorwurf ist unbegründet, schreibt Herr Manz. Um zu bemerken, wie objektiv die Prüfung der Sache, welche Herr Manz vornimmt, gewesen sein muß, diene das folgende: Die Firma Gerbe & Treibmann verpflichtet am 26. September bei einer Verhandlung ihren Arbeitern, sofort 11 der Ausgefärrten einzustellen und innerhalb 14 Tagen die übrigen bis auf 4, welche näher bezeichnet wurden. Auf Grund dieser Abmachung wurde am Montag, den 29. September, die Arbeit aufgenommen.

Am 9. Oktober, also zehn Tage nach Wiederaufnahme der Arbeit, hatte die Firma aber noch keinerlei Anstalten gemacht, ihr Versprechen einzulösen.

Hierauf erfolgte die Intervention des Herrn Manz; auch unsere Kollegen wendeten sich nochmals an die Firma und erst auf dieses Drängen hin kam die Firma ihren Verpflichtungen nach, aber nicht innerhalb 14 Tagen, wie das Versprechen lautete, und ohne die Intervention auf beiden Seiten würden wir vielleicht heute noch auf die Einhaltung dieses Versprechens warten können. Aus Vorstehendem ist zur Genüge ersichtlich, ob unsere Beschuldigungen unbegründet waren oder nicht.

## Aus dem Reichstag.

Gewalt geht vor Recht, das ist ein längst anerkanntes Sprichwort, was so lange Geltung besaßen wird, bis das Rechtsgefühl so stark geworden ist, daß es nicht mehr vergewaltigt werden kann.

Die evangelisch-katholisch christliche Volkswirtschaft des Reichstages hält es heute noch mit dem Grundsatze, „Gewalt geht vor Recht.“ Daß die Volkswirtschaft es mag, der Unternehmer, Fabrikanten und Großkapitalistenpartei die Hölle nicht widerprüchlich einzufügen zu lassen, erregt deren heiliges Zorn. Ja es ist nach den Ansichten ihrer hochgeborenen Herren schon an sich ein Verbrechen, daß es überhaupt eine Opposition gibt. An fast jedem Parlament,

sind durch Verfassung und Geschäftsordnung Schutzmaßregeln für Minoritäten geschaffen, damit auch diese zu Worte kommen und ihre Forderungen begründen können. Darauf beruht überhaupt der Parlamentarismus; damit auch die Minorität des Reichstages das Recht gesichert ist, daß ihre Anträge beraten werden, bestimmt die Geschäftsordnung, daß Initiativ-Anträge von Mitgliedern des Reichstages der Reihenfolge nach, wie sie eingebracht werden, an den dazu bestimmten Tagen zur Beratung gelangen.

Wie wir nun in unserer letzten Nummer ausführten, wollten die christlichen Forscher verhindern, daß die Opposition sie durch namentliche Abstimmung festlegte und Zeit gewonnen würde, damit um Gotteswillen der Staat noch vor den nächsten Wahlen ins Trockene kommt. Diesen Zweck zu erreichen, wurde der christliche Zentrumsmann Nischlicher veranlaßt, den Antrag zu stellen, die namentlichen Abstimmungen aus der Geschäftsordnung zu streichen und die schriftlichen Abstimmungen einzuführen, wodurch bei jeder namentlichen Abstimmung 1/2 Stunde geparkt wird. Dieser Antrag Nischlicher mußte nach der Geschäftsordnung hinter die schon gestellten Initiativ-Anträge eingebracht werden, deren noch eine ganze Anzahl der Erledigung harrt.

Trotz des Protestes der Opposition beschloß die Volkswirtschaft, den Antrag Nischlicher sofort auf die Tagesordnung zu legen und der freimütige Kapitalist Eugen Nischler begründete diesem Einspruch der Geschäftsordnung und legte den Beschluß. Nun braucht sich die Mehrheit nicht mehr an der Geschäftsordnung zu halten und kann jederzeit ihre Anträge den Anträgen der Minorität voranstellen, so daß die Letztere nur noch von der Gnade der Mehrheit abhängt. Was das bedeutet, zeigte die Volkswirtschaft sofort bei der Beratung des Antrages Nischlicher. Die Sozialdemokraten hatten 19 Verbesserungs-Anträge gestellt, den Antrag Nischlicher war voller Unklarheiten und Redaktionen schwerlich zumutbar. Ueber diese Verbesserungs-Anträge hatten die Sozialdemokraten namentlich eine Abstimmung beantragt, und als die Debatte geschlossen war, beantragte die Volkswirtschaft Überlegung zur Tagesordnung über die 19 Verbesserungs-Anträge. Das war der zweite Geschäftsfall — denn es ist einfach geschäftsordnungsmäßig und parlamentarisch unzulässig, daß debattierte Anträge, wenn die Diskussion darüber geschlossen ist, durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt werden können.

Doch was stimmt das alles die Bürgermajorität, sie wollen für sich und ihre schicksalvollen Großgrundbesitzer und Großindustriellen das Polgelb bald im Kasten haben, da kommt es auf einen oder mehrere Geschäftsfälle nicht an, und offen künden diese christlichen Mitter an, daß, wenn diese Mittel nicht hinreichen, die Opposition würde zu machen, noch weitere Gewaltmittel folgen. Selbstverständlich wurden die Anträge Nischlicher und Überlegung über die Verbesserungs-Anträge der Sozialdemokraten angenommen. Die Debatte wurden lebensfähig geführt, die Opposition, Sozialdemokraten und die freimütige Vereinigung (Sart, Krömel, Bachwile etc.) — der Richterische Freisinn hat den Agrarier die Kapitalien aus dem Feuer holen — kämpfte mit Vornehmheit für die Rechte des Reichstages und des Volkes. Die Anhänger der Majorität brüllten und lärmten gegen deren Ausführungen oder saßen im Restaurant oder im Schreibräumen und schrieben Briefe an ihre Schächer, in denen sie bedauern, daß sie nicht zur Jagd können und als Stimmwisch im Reichstag dienen müssen. Ein solcher Brief wurde, weil er aus Versehen an einem Schreibhelfer liegen blieb, geleert.

Darin drückt sich der Geist aus, der diese Herren Junker befehl. Trotzdem nur ihnen der Raub zugehört ist, möchten sie auch noch einmal das Vergnügen der Jagd entbehren. Bis Donnerstag, den 20. d. M. ist der Reichstag verlagert, dann geht die Schacht von neuem an.

## Der rechte Weg.

Vielleicht hat sich schon manch einer von den vielen Tausenden Proletariats, die auf dem Wege der proletarischen Klassenorganisation die Befreiung der Arbeit erzielen wollen, die Frage vorgelegt, ob wir denn auch wirklich damit auf dem rechten Wege sind? Ob in dem täglichen Ringen um das Raue und Nüchtere das ferne Ziel auch wirklich näher rückt, ob unser Kämpfen und Streben auch praktische Resultate zeitigt?

Kein Zweifel, diese Frage ist nicht müßig, aber sie beantwortet sich sofort, wenn wir zurückblicken auf die Vergangenheit und einen Vergleich ziehen zwischen dem Arbeiter vor 30 Jahren und dem Arbeiter von heute. Trotzdem ist es nicht überflüssig, dann und wann auch hinüberzusehen in das Lager des politischen und wirtschaftlichen Gegners und zu hören, wie man in diesen Kreisen über die moderne Arbeiterbewegung spricht. Wir werden uns da nicht bei jenen Urteilen der Bourgeoisie aufhalten, die man noch vor einem Jahrzehnt von ihren Vorführern über den Sozialismus, über die gewerkschaftliche Organisation und die ganze Arbeiterbewegung zu hören bekam. Das wissen wir ja, in allen Industriestädten wurde der Arbeiterkampf ein nicht zu lösendes Rätsel, das ungelöst blieb. Für alle ihre Verbündungen hatte man wohl ein köstliches Nüchtere und die „großen Staatsmänner“ meinten, mit Sozialisten- und Ausnahmestücken die Verfeinerung des Proletariats vernichten, im Reine erhitzen zu können. Das ist zwar veraltet, aber nicht vergessen. Der große Kampf der Arbeiter ist ein historisches Ereignis, eine durch die unerbittlichen wirtschaftlichen Gesetze bedingte Notwendigkeit und alle Depothe, alle dramatischen Mittel erweisen sich als zwecklos und nutzlos; der großen proletarischen Freiheitskämpfer halten sie nicht mehr auf.

Das müssen nun auch unsere verhassten Gegner anerkennen; es ist hochinteressant, aber auch zugleich sehr lehrreich für uns selbst, zu hören, welche neue Urteile angeschlagen werden und wie man, wenn auch sorgfältig veräußert und eingewickelt in Worte, dennoch jene wirtschaftlichen Gesetze anerkennt, die von Sozialisten entdekt und von ihnen zuerst der Welt verkündet wurden.

Die „Kreuzzeitung“ ist das Organ der preussischen Junker, die ja bekanntlich von jeder der Arbeiterbewegung in sanftmütigster Weise entgegengekommen sind. Und nun lesen wir in einer ihrer, zu Anfang dieses Jahres erschienenen Nummern einen Artikel, der die Wandlungen in den Ansichten der Gegner trefflich kennzeichnet.

Es heißt da: „Wenn wir aus den Zeichen der Zeit richtig zu lesen verstehen, läuft überhaupt die ganze Entwicklung auf eine möglichst alle Betriebe umfassende Organisation der beiden sich gegenüberstehenden Interessengruppen hinaus. Je mehr sich die Arbeitgeber entweder zum Zwecke der Preisregulierung, oder um ihren bisherigen Einfluß auf Lohn und Arbeitszeit nicht an die Arbeiter zu verlieren, in Ringen, Trübs, Kartellen, Unions und anderen Vereinigungen zusammenfinden, desto schneller folgen die Arbeiter ihrem Beispiel. Auf Druck folgt Gegenruck.“

Von einer höheren Warte aus betrachtet, braucht diese zunehmende Bildung starker Sonderorganisationen, wie sie im vergangenen Jahre zweifellos festgestellt gemacht hat, gar kein Unbehagen zu sein. Haben wir es nicht kürzlich erlebt, daß im Bundesdeutschen Reich die Arbeiterorganisationen der Prinzipale und der Gehilfen einen enormen Aufschwung über Lohnsätze und Arbeitszeit aufwachte? Und doch, wenn wir die sozialen Schäden in den verschiedenen Arbeiterkreisen auf lange Jahre hinaus erwägen, wird die Geringschätzung der Arbeiter durch das Baugeverbe, wie die Organisationen auf der letzten Generalversammlung in Frankfurt a. M. darthun, mit dem Bunde um, die in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen zu langfristigen Tarifgemeinschaften zu veranlassen, wie sie im Berliner Baugeverbe seit mehreren Jahren bestehen.

Zur Vorbeugung von Streitigkeiten ist hier eine aus beiden Streitparteien zusammengesetzte Schlichter-Kommission geschaffen worden, welche entstehende Differenzen von vornherein die gefährlichste Spitze abbrechen vermag. Auch sonst sind derartige Tarifvereinbarungen im verflossenen Jahre mehrfach zustande gekommen. Ihr Wert springt zu deutlich in die Augen, als daß er nur einen Augenblick verkannt werden könnte. Neben der Gewährleistung zügiger, fruchtbarer Arbeitsverhältnisse bieten sie namentlich auch eine äußerst wertvolle Sicherheit für die Zukunft. Der Unternehmer ist in der glücklichen Lage, auf Jahre hinaus seinen Kostenanschlägen und Kalkulationen von vornherein bekannte Arbeitslöhne zu Grunde zu legen, und der Arbeiter wieder ist dadurch in den Stand gesetzt, zu überleben, mit welchem Arbeitsverdienst er bei Aufstellung seines Haushaltsplanes rechnen darf. Hierdurch wird Ordnung und Sparsamkeit gefördert. Von manchen Seiten wird der Ausgestaltung des Organisationswesens auf wirtschaftlichem Gebiete auch eine wichtige Rolle bei Regulierung der Arbeitsverteilung auf die bereitgestellten Arbeitskräfte zugewiesen. Während gegenwärtig bei Krisen infolge von Ueberproduktion die überflüssigen Arbeiter einfach aus Fabriken gemorren werden, sollen die Unternehmer alsdann gehalten sein, unter Einschränkung der täglichen Arbeitszeit möglichst viele ihrer Angehörigen weiter zu beschäftigen. Freilich wird der Lohn des Einzelnen dadurch etwas verringert, aber dieses Opfer bringt der Einzelne eben im Interesse der Gesamtheit, zur Verringerung der Zahl der Arbeitslosen. Der einzelne Unternehmer wird schon deshalb keine Verweigerung erfahren, weil eben alle Berufsgenossen desselben Gewerkschaftes den gleichen Bedingungen unterliegen und, ähnlich wie die Unternehmer bei dem bereits besprochenen Kohlen- und Koksprodukt, in ihren Organisationen einen Ausgleich in der Erzeugung und im Absatz herbeiführen in der Lage sind. Auch die Arbeitslosenversicherung wurde nach einem kürzlich gemachten Vorschlag in den Unternehmern eine wertvolle Stütze finden können. Bei hochgehenden Löhnen sollen diese darnach verpflichtet sein, einen Teil des Arbeitslohnes zu einem Arbeitsfonds zurückzulegen, aus welchem bei niedrigerer Konjunktur ein Zuschuß zu den dann niedriger werdenden Löhnen zu zahlen wäre, so daß also eine gewisse Stabilität in der Lohnbewegung eintreten könnte, die jedem sorgsamem Hausvater die oberste wirtschaftliche Forderung erleichtern würde. Wenn dies alles auch zunächst nur als Zukunftsmusik gelten kann, so zeigt es doch, daß alles im Wirtschaftsleben heute auf eine Vereinigung hinarbeitet und daß den künftigen Organisationen der Arbeit und des Kapitals große Aufgaben gestellt und an sie große Erwartungen geknüpft werden.

Daß nur stark, sich gegenseitig gleichwertig erscheinende Organisationen in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu einander auf gewisse Zeiträume festzulegen, liegt auf der Hand. Einem schwachen Verbände würde der stärkere die Friedensbedingungen einfach diktieren. Daß dies keinen Wert haben würde, ergibt sich von selbst.

Ueber die Mitgliederzahl der einzelnen Gewerkschaften lassen sich die Abschlässe naturgemäß erst einige Zeit nach Ablauf des Jahres zusammenstellen. Nach den im Laufe des vorigen Jahres bekannt gewordenen Ziffern belief sich die Zahl sämtlicher in Gewerkschaften organisierten Arbeiter auf weit über eine Million. Den Vorgesetzten in Bezug auf die Mitgliederzahl natürlich die sozialdemokratisch geleiteten Organisationen mit insgesamt rund 690 000 (im Jahre 1899: 696 000) Arbeitern ab. Dann kommen die christlichen Gewerkschaften mit etwa 160 000 (1899: 152 000), die kirchlich-dunkleren Gewerkschaften mit etwa 92 000 (1899: 86 000) und etwa 55 000, welche in sogenannten wilden, d. h. keiner dieser Gruppen angehörenden Vereinen organisiert sind. Mit diesen Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine, also welche zum Teil dem Arbeiterlande angehören, haben wir es in Deutschland mit mehr als einer Million Arbeiter zu thun, welche in wirtschaftlichen und sozialen Dingen ein starkes Hindernis in ihrem Verbände zur Verfügung stellen. Vergewissern wir uns noch, daß allein die 58 sozialdemokratischen Zentralverbände (zum Unterschied von den sogenannten Lokalorganisationen) im Jahre 1900 über einen Kassendebet von 7 745 901 M. (1899 etwa 5 1/2 Millionen) verfügten, während 9 454 076 M. Einnahmen 8 088 021 M. Ausgaben gegenüberstanden, so fängt man an, die gewaltige Bedeutung des Gewerkschaftswesens zu begreifen, das, nachdem es einmal von der Gesetzgebung anerkannt ist, sich jetzt nicht mehr beschränkt, sondern nur noch in geordnete Bahnen leiten läßt, in denen es nicht bloß zum Wohle der Mitglieder, sondern auch zum Wohle des Staates und des Vaterlandes fruchtbar werden kann.

Um das alles richtig zu verstehen und zu würdigen, darf man nicht aus dem Auge lassen, daß es die „Kreuzzeitung“ ist, in der folgendermaßen geschrieben wird. Die „Kreuzzeitung“, deren Leser und Brogeber kein anderes Interesse kennen, als jenes ihrer bevorzugten Stellung und ihres Geldburses. Wir sehen, wie selbst unsere heftigsten Gegner zugunne sind, zuzugeben, daß die gesellschaftliche Entwicklung jenen Gang nimmt, welchen die linken Sozialdemokraten bezeichnen haben. Es ist das ein Fortschritt, ein gewaltiger Fortschritt für uns, der ganz danach ansehnlich ist, die Proleten nicht mehr anzupöbeln und die Schwachen, die Zweifel mit neuen Mut und neuer Zuversicht zu stärken. Man kann es nirgends mehr leugnen: Wir sind auf dem rechten Wege!

## Soziale Bundeschau.

In die Arbeitsordnung für die städtischen Arbeiter in Gärth wurden u. a. folgende Bestimmungen aufgenommen: Den Arbeiter werden im Gesamteit am Montag Abend um 6 Uhr Feierabend zu geben und am Sonnabend die Arbeitszeit um eine halbe Stunde zu verkürzen. Der Minimallohn für alle Arbeiter auf 15 M. festzusetzen. Das Maximalalter für Indienststellung von Gemeindearbeitern ist von 40 auf 50 Jahre hinaufzurücken.

Vom 1. November ab in Toulon (Kriegsarsenal) und Orient (Marine-fabrik) ist auf Veranlassung des Marineministers mit dem 1. November vorläufige der 1. November eingeführt worden. — Im Oktober waren es 10 Jahre, daß die Bildhauer in Baden bei der 1. November abgefeiert wurden. Das 10jährige Jubiläum wurde von der Gewerkschaft festlich begangen. — Von dem jüngst verstorbenen schweizerischen Bundesrat Hauser wird berichtet, daß im künftigen Finanzdepartement, als er noch 66 Jhr war, anfangs der achtziger Jahre ein dienstfertiger Sekretär die Bureauzeit von 8 auf 9 Stunden verlängern wollte. Die Kanzlisten wendeten sich an die Finanzdirektion mit dem Gesuche, man möge ihnen, wie allen übrigen Staatsangestellten, den 10. November lassen. Herr Hauser entsprach sofort diesem Verlangen und zwar mit folgender Begründung: „Wenn ein Kanzlist acht volle Stunden fleißig gearbeitet hat, so hat er seine Pflicht erfüllt; die übrige Zeit gehört ihm und seiner Familie.“ — Herr Hauser war früher Gerber, wie der preussische Handelsminister Müller, aber darüber hinaus hatten sie keine weitere Ähnlichkeit mit einander.

Verpflichtungen der Lehrlinge zu Ueberstunden. Nach einem kürzlich ergangenen gewerkschaftlichen Urteile hat der Lehrling in ausnahmsweise lebhaften Geschäftspetoden auch dann die Verpflichtung, während unregelmäßiger Ueberstunden zu arbeiten, wenn im Lehrvertrage die tägliche Arbeitszeit des Lehrlings festgelegt ist. Die Verpflichtung erlischt, wenn der Lehrling sein hieraus ergebendes Recht mißbraucht, oder wenn der Lehrling zu einer Arbeitsdauer angehalten wird, welche als gesundheitswidrig bezeichnet werden muß. Ein ähnlicher Fall wurde kürzlich von einem anderen Gerichte im entgegengeetzten Sinne entschieden, indem ausgesprochen wurde, daß der Lehrling nur an die im Kontrakt bedingene Arbeitszeit gebunden sei.

**Gegen das Submissionswesen.** Die Schuhmacher-  
börse" kommt in einem Artikel über die faulen Auswüchse des  
Submissionswesens zu der Forderung, von der Vererbung um  
öffentliche Arbeiten auch solche Lieferanten auszuschließen, welche  
ihren Arbeitern nicht solche Arbeitslöhne zahlen, daß ein solcher  
fleißiger Arbeiter bei denselben in der Lage ist, sich dabei etwas  
zu ersparen, und wenn er Familie hat, sich mit derselben christlich  
durchs Leben schlagen zu können." Sehr richtig. Leider aber  
trifft man gerade in der Schuhindustrie selten Arbeitslöhne in  
solcher ausreichenden Höhe.

### Mitteilungen.

**Hamburg.** In einer Versammlung der hiesigen Zählstelle  
des Vereins deutscher Schuhmacher wurde beschloffen, gemein-  
schaftlich mit den Schuhmacherepikolen von Altona und Wands-  
beck zum kommenden Frühjahr in eine Lohnbewegung einzutreten,  
und zwar sollen die Arbeitgeber folgende Forderungen unter-  
breitet werden: 1. die Arbeitszeit ist zehnstündig und dauert von  
morgens 7 bis abends 7 Uhr mit einer anderthalbstündigen  
Mittags- und vierstündigen Mittags- und Vesperpause. Der  
Lohn beträgt pro Woche 24 Mk. (jezt 21 Mk.) und pro Stunde  
45 Pfg. (jezt 35 Pfg.). Hauptforderung ist ferner die Abschaffung  
von Kopf und Logis im Hause des Arbeitgebers. Für die Stül-  
larbeiter wurde ein dreifachiger Lohnsatz aufgestellt, dessen ein-  
zelne Positionen allerdings eine wesentliche Erhöhung gegenüber  
dem jetzt gültigen Tarif entfallen. Um für alle Eventualitäten  
gesichert zu sein, beschloß die Versammlung, das jedes Mitglied  
verpflichtet ist, bis auf weiteres 20 Pfg. monatlich zu zahlen.  
Der Vorstand will von dem ihm laut Statut zutreffenden Recht,  
die Mitglieder, welche sich weigern, die Entschlüsse zu befolgen,  
aus der Organisation auszuschließen, unbedingt Gebrauch zu machen.  
Es wurde ferner noch beschloffen, je ein Mitglied der hier noch  
bestehenden Organisationen der Hirsch-Wunderlichen und christlich-  
sozialen Gewervereine der Schuhmacher in die Kommission  
zu berufen, da diese Organisationen sich bereit erklärt hätten,  
die Forderungen der Mitglieder des Vereins deutscher Schuhmacher  
zu unterstützen.

**Sandeln.** Die letzte Versammlung der Schuhmacher-Kranken-  
kasse beschloß sich hauptsächlich mit dem Beschluß der letzten  
Generalversammlung in Stuttgart und sprach sich scharf gegen  
die Streikung des § 12, Abs. 3 aus. Folgende Resolution  
wurde einstimmig angenommen: Die Kassenleitung soll sich  
voll und ganz der Protestation der Hamburger Zähl-  
stelle in Nr. 85 des „Fachschrift" an- und unter Vorbehalt  
die Beiträge um 5 Pfg. erhöht werden müssen, was zweideu-  
tiger gewesen wäre, das Recht zu bedenken. Als gebührender  
240 Mk. entbehren. Wir richten daher dringend die Bitte an  
sämtliche Zählstellen, die mit unserem Antrage einverstanden sind,  
mit uns gemeinschaftlich einen Protest zu erheben, von sämtlichen  
Mitgliedern unterzeichnet zu lassen und an den Zentralvorstand  
einzuliefern.

**Kauffen a. N.** Am 8. November fand im „Gasthaus zum  
Lamm" eine öffentliche Schuhmacherverammlung statt, in welcher  
Kollege Jgel aus Stuttgart das Referat über das Thema: Ist  
die gemeinschaftliche Organisation notwendig? übernommen hatte.  
Die hier zahlreich erschienenen Kollegen folgten den belehrenden  
Ausführungen mit großer Aufmerksamkeit, so daß wir am Schluß  
21 Aufnahmen zu verzeichnen hatten. Die beigetragenen Mit-  
glieder möchten wir bitten, durch treues, festes Zusammenhalten  
zu zeigen, daß sie imstande sind, in Kauffen auch einmal eine  
Zählstelle zu erhalten.

**Leonberg.** Die hiesige Lohnkommission der Schuhmacher  
ermittelt auf die untenen Lesern folgende Antwort des Herrn  
Schuhfabrikanten K. (Südwestdeutsche Schuhfabrik Leonberg) in der  
„Schw. Tagw." folgendes: Es erscheint sonderbar, daß gerade  
die Zwicker erwähnt werden. Es heißt dort: Wenn die Zwicker  
nicht genug verdienen, so ist der Tarif nicht schuldig, derselbe ist  
hoch genug. Warum wird aber verschwiegen, was an dem Tarif  
schuldig ist? Wir wollen es hier kurz erklären. Erstens  
müssen die Zwicker Hundentlang warten, bis sie endlich einige  
Paare bekommen; wenn dann diese fertig sind, geht das Barren  
wieder von neuem an. Es kommt sehr oft vor, daß die Zwicker  
truppenweise umherziehen und auf Arbeit warten. Gehört er sich  
dann einer, so bekommt er als Antwort: „An anderen Geschäften  
müssen auch noch warten; wir lassen uns keine Vorschriften machen,  
wenn's Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen." Der einzelne  
Wochen machte der Werksleiter bekannt, an einem Sonnabend  
Abend bei der Lohnzahlung bekannt. Am Montag schil-  
müß eine schriftliche Bescheinigung darüber bringen, wo er ge-  
wesen ist, aber was er gearbeitet hat, andersfalls wird er be-  
strast." Am Montag früh erinnerte ihn ein Zwicker an seine  
Worte vom Sonnabend und bemerkte dabei, daß wenn er da sei,  
er auch Arbeit möchte, denn er war schon seit Sonnabend  
Abend um 4 Uhr auf Material. Da bekam er gleich die folgende  
Antwort: „Sie bekommen überhaupt keine Arbeit mehr, Sie  
können gehen." Der Arbeiter beschwerte sich nun bei dem Pro-  
kuristen. Nach dessen Rücksprache mit Vorkauf wurde der Arbeiter  
um 50 Pfg. bestrast! Der Arbeiter ist ein Familienvater und  
müß sich deshalb diese Strafe gefallen lassen, um nicht aufs  
Kloster genossen zu werden. So könnte man noch sehr viele  
Fälle anführen. Der Tarif kann an solchen Vorfällen natürlich  
nicht schuld sein, denn es ist ja in der ganzen Fabrik keine aus-  
gefangt, vielmehr hat der Herr Werkführer schon erklärt: „Ich  
habe den Tarif im Kopfe." Wir haben nichts dagegen, wenn  
Herr K. sich seinen hohen Tarif verhoffentlich, aber — natürlich  
auch die Einrichtung dazu. Die Zwicker sind ihm natürlich ein  
Dorn im Auge, weil sie zum größten Teile organisiert sind und  
sich deshalb nicht jede Schikane gefallen lassen.

**Mainz.** In der hiesigen Schuhfabrik von Hitzinger u.  
Schwan, vormals St. J., stehen sämtliche Arbeiter wegen  
Lohnbifferenzen in Kündigung. — Am 16. November hatten wir  
auf Veranlassung des Herrn Walman eine Verhandlung  
vor dem Gewerbegericht, welche aber verari aufstieß, daß wir das  
Gewerbegericht unverrichteter Sache wieder verziehen. Der Herr  
Fabrikant zeigte dabei so wenig Anstand, daß es für ihn sehr  
empfehlenswert wäre, bis zur nächsten Verhandlung Kräftiges  
Umgang mit Menschen zu studieren. Zu wünschen wäre, daß in  
einer eventl. noch stattfindenden Verhandlung unsere abgebrochene  
Unterhandlung in anständigerer Zone weiter geführt wird. Im  
Ausland befinden sich 9 Kollegen. Wir erlauben den Zugang nach  
hier fernzuhalten.

**Birmasens.** Auf welche Art und Weise die Herren Schuh-  
fabrikanten die gegenwärtige schlechte Beschäftigungslage auf  
Kosten der Arbeiter auszunutzen verstehen, haben wir schon durch  
zahlreiche Beispiele erfahren. Auch wir wollen nicht verschlei-  
en, die Denselbheit mit einem Fall bekannt zu machen und rufen  
gleichzeitig den hiesigen Kollegen zu. Seitens dieser  
Firma wird in letzter Zeit bei jedem Anlauf bei jedem Tag  
Sache ein Zwicker eingeschickt, trotzdem ist unter 10 Zwicker  
60 Paar Schuhe verteilt worden. Der Verdienst ist ein ganz  
minimaler, da die Preise an sich schon sehr niedrig sind. Wenn's  
nicht heute noch bleibt in der Regel nichts anderes übrig, als  
den Staub des Kopplens der Fabrikanten von seinen Füßen zu  
schütteln. Auch der Arbeitsjahr der Zwicker läßt in hiesiger  
Beziehung viel zu wünschen übrig und entspricht den An-  
forderungen der Zeit in keiner Weise. Seine Höhe beträgt  
ungefähr 260 Mk. und muß bei trübem Wetter den ganzen  
Tag Licht gekramt werden. Wohl hat man den Zwicker vor  
einigen Jahren einen anderen Arbeitsjahr verprochen und ihnen  
gezeigt, bis nächstes Frühjahr wird ein Bau vorgenommen; aber  
bis jetzt hat man davon nichts gesehen. Nun ja, es handelt sich  
um — Arbeiter und ihre Gesundheit, da ist es nicht so eilig.  
Seine ist es, daß diese Arbeiter auch noch ein Berg-  
mannslicht mitbringen, um drinnen ihren Arbeitsjahr aufzuzeigen,  
denn man läuft Gefahr, im Dunkel des Berges und Schenkel zu  
brechen. Herr Kopp ist bekanntlich aus Birmasens der hiesigen  
Fabrikantenvereins, der erst kürzlich, nachdem er vor Jahren  
sanft entlassen war, sich wieder neu konstituierte. In dieser  
Versammlung, in der Herr Kopp das Wort führte, drohte er auch  
mit der sogenannten schwarzen Affe, die er im Jahre 1892 ein-  
geführt hatte. Zu derselben Zeit, als er die Versammlung ein-  
berufen hatte, beglückte er seine Stepperrinnen mit einer Joh-  
reduktion, an einigen Artikeln mit 1 Mk., an anderen mit 50 Pfg.  
Solche Züge auf die Taschen der Arbeiter sind jedenfalls keine  
Ueberrasse. Besonders verliert es genannter Herr, die Accord-  
arbeiter wegen jeder Kleinigkeit mit Geldstrafen zu belegen. Die  
Zwicker haben es aber durch ihre Einmütigkeit verhindert, sich  
diese Strafen von Halle zu wälzen. Aber hierfür wird ihnen  
sehr mit Kündigung gedroht. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr  
fern, wo eine geschlossene Arbeiterkassette diesen Uebermut entgegen-  
tritt und ihm ein „Bis hierher und nicht weiter" zuruft. Auch  
die Gehalt der Arbeiter, und sind es die lammraunen, steigt  
einmal, und werden wir Herr Kopp beschreiben, daß nicht er  
allein, sondern auch die Arbeiter bei der Arbeitsbedrängung ein  
Wort mitzureden haben. Den jungen Arbeitern von Birmasens  
aber, die sich noch nicht unserer Organisation angeschlossen haben,  
rufen wir zu: Hört in den Verein deutscher Schuhmacher, da-  
mit endlich einmal in Birmasens geordnete Verhältnisse Platz  
greifen und, was die Hauptsache ist, eine Reduzierung der in  
den meisten Betrieben noch vorherrschenden 11stündigen Arbeits-  
zeit vorgenommen werden kann.

### Verein deutscher Schuhmacher.

#### Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Unsere Bevollmächtigten und Vertrauensleute machen wir  
darauf aufmerksam, daß Anträge auf Extrasteuern nur dann be-  
willigt werden können, wenn eine zu diesem Zwecke ein-  
berufene Mitgliederversammlung einen Beschluß hier-  
über gefaßt hat.

Der Antrag an den Zentralvorstand ist von der gesamten  
Ortsverwaltung, mindestens aber von drei Mitgliedern derselben  
zu unterstützen. Sodann ist mitzutheilen, wie viel Mitglieder in  
der Versammlung anwesend waren und wie viel für und gegen  
die Extrasteuere gestimmt haben.

Der Zählstelle Bress wurde auf ihren Antrag vom Vorstand  
gemäß § 8 Abs. 3 des Statuts die Genehmigung erteilt, von  
jedem Mitglied einen Votanzuschlag von 5 Pfg. pro Woche zu  
erheben.

Den betreffenden Mitgliedern geben wir hierdurch bekannt,  
daß die Nichtzahlung dieser Extrasteuere die Folgen des § 8  
Abs. 3 des Statuts nach sich zieht.

Verloren wurden folgende Mitgliedsbücher, dieselben werden  
hiermit für ungültig erklärt: Nr. 20299, Dam Mantel, geb.  
am 31. Januar 1882, eingetr. in Offenbach am 20. November  
1899, zur Zeit in Offenbach, Nr. 7022, Paul Schulz, geb. am  
16. November 1871, eingetr. in Siedlich am 1. November 1901;  
Nr. 80555, Robert Habed, geb. am 11. Novbr. 1877 zu Grabow,  
eingetr. in Siedlich am 5. August 1901; Nr. 10820, Max Schulz,  
geb. 1884 zu Angermünde, eingetr. in Voigtburg am 4. April  
1898; Nr. 7818, Joseph Eingeler, geb. am 18. April 1884,  
eingetr. in Karlsruhe am 11. August 1902; Christian Wählg,  
Nr. 44218, eingetr. in Birmasens am 2. September 1902.

## Anzeigen.

Riel am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr im „Englischen  
Garten".  
Leonberg am Sonntag, den 23. Novbr., nachmittags 3 Uhr im  
Lokal „Zur Post".  
Pöfen am Montag, den 24. Novbr., abends 8 Uhr im Lokale des  
Herrn Karl Verndt, Tiergartenstr. 10.  
Sachsenburg am Montag, den 24. Novbr., abends 8 Uhr im  
Lokal zum „goldnen Ritter".  
Koswig am Sonntag, den 23. Novbr., nachm. 8 1/2 Uhr im  
Lokal „Wettmühle". (Tagessordnung wichtig).  
Strausberg am Sonntag, den 23. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
im Lokal Franz Magnus, Wilhelmstr.  
Wiesbaden am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr bei  
Herrn Koop, Hermannstr. 6.

### Öffentliche Versammlungen.

Charlottenburg am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
im „Volkshaus", Postenstr. 3.  
Schmolln am Montag, den 24. Novbr., abends 1/2 9 Uhr im  
„Hotel zur Warburg".

### Erinnerungen an meine Wanderjahre.

Ein sehr gelungenes Bild. — Preis 80 Pf.  
Zu beziehen durch die Expedition d. Bl.

Jacob Christmann, Nr. 1080, eingetr. in Mainz am 20. März 1899  
Wilhelm Friede, Nr. 28812, geb. am 1. Juni 1878, eingetr. in  
Jelle am 7. Oktober 1896.

Kürnberg, den 18. November 1902.

### Der Vorstand.

### Verleumdungen.

**Kauffen.** 1. Der Karl Britsch, „Gasthaus zum Lamm". 2. Der  
Heinr. Raier, Blumenstr. 6. 3. Der Paul Kahl, Mühlhor-  
straße 4. 4. Nevidoren: Gottlieb Gajer und Wilhelm Eberhart.  
Die Verleumdung zählt der 2. Bev. mittags von 12 bis  
1 Uhr aus. Verleumdung im „Gasthaus zum Lamm".

### Aufforderung.

Das Mitglied Josef Exner, Nr. 35505, gebürtig aus  
Pohlborn in Schlesien, ist von hier abgereist, nachdem er aus dem  
Fabrikfonds 26 Mk. unterschlagen hat. Exner hat er noch seine  
Mitglieder, die Kollegen der Fabrik von Goldstein, um 12 Mk.  
geschädigt. Exner soll sich nach Breslau gemacht haben. In dem  
Wort die Kollegen auf Exner aufmerksam machen, erlauben wir  
zugleich um eventl. Angabe seiner Adresse.

Die Ortsverwaltung der Zählstelle Berlin.

### Aufforderung.

Der Zwicker Karl Hilde wird hiermit aufgefordert, seinen  
Verpflichtungen uns gegenüber nachzukommen. Die Kollegen  
warnen wir, ihm nicht allzuviel Vertrauen zu schenken.

Leisnig, den 10. November 1902.

Die Ortsverwaltung.

### Agitations-Kommission für Baden und die Vorderpfalz.

Den Altalvorständen die Mitteilung, daß die Fragebogen  
schon vor einem Vierteljahr versandt wurden und bis jetzt erst  
ein Drittel zurück gesandt wurde. Gleichzeitig werden die Altal-  
Kassierer, welche mit ihrem Beitrag refern, an ihre Verpflichtung  
erinnert.  
Sämtliche Briefe sind an Gustav Hoff, Spener, Herd-  
straße 23, sämtliche Gelder an Adam Glatzer, Obmannstraße zu  
senden.  
H. Hoff, Obmann.

### General-Kranken- und Sterbeliste der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

(E. S. Nr. 91 Hamburg.)

In der Sitzung des Vorstandes am 5. November 1902 sind die  
folgenden Mitglieder, deren Aufenthalt unbekannt ist, nach § 5 a  
des Statuts aus der Liste ausgeschlossen worden: St. Goltheim  
14947, Nid. Samann 18664, A. Lommer 7016, Nid. Nielsen 8829,  
S. Brilgge 19781, Chr. Crumpe 18659, Fr. Krauss 14149, Johann  
Gausmann 14564, Nid. Nisch 1914, J. Jegen 1769, A. Großhans  
7626, Hans Hansen 10666, Peter Hansen 22437, Christ. Hansen  
22488, W. Christensen 22435, W. Keller 4089, Adm. Ziesler  
4092, S. Carl 4098, R. Wacker 4101, N. Erbsluf 4128, Fr. Dorn  
10862, N. Nisch 10875, Ant. Guffa 9097, G. Paul 18855, Wirtz  
Kilud 12925, A. Dietrich 4168, D. Spier 4174, L. Schmidt  
16458, Hof. Nidde 2483, S. Surmann 2488, Hof. Nidde 9259,  
S. Guppe 9289, R. Grebe 12986, Fr. Schulz 20841, R. Günther  
5027, Max Gadermann 7951, G. Urban 10078, G. Kuhn 22627,  
R. Rehrdig 17475, Otto Wesselsloeff 19518, S. Detlof 18482,  
Hamburg, den 15. November 1902.

J. L. Jaffe, Vorstehen.

### Litterarisches.

#### Die „Fachschrift Schuhm.-Fachschr."

Nr. 22 ist erschienen und hat folgenden Inhalt: Zwei Beilage-  
Berliner Neuheiten der Schuhwarenindustrie. — Der Bodenbeschlag  
an Strapsenröhren. — Entwurf über Fuchshorn. — Eine ge-  
wichtige amerikanische Stimme über die Schuhfabriken Englands.  
— Entwurf über Entzungen. — Ausbildungsstufe für Schuhmacher-  
meister und ältere Arbeiter. — Die fälschlichsten Ausdrücke.  
— Berufslehre. — Lederberichte. — Wissenschaftliche Fragen und An-  
worten. — Briefkasten. — Die Kalkulation. — Das Selbst-  
einbinden der „Fachschrift". — Kenntnisse für Lederjuristen,  
Lederfabrik, Schäftemacher u. f. m. — Praktischer Ratgeber. —  
Magistral. (Fortsetzung.)

### Briefkasten.

J. Wagner, Bregenz. Das Feuilleton ist gebunden nicht zu  
haben.

Wegen Raumangel mußten verschiedene Berichte  
bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

### Während des Druckes eingegangen:

— Odendorf. Hier sind Differenzen ausgedrohen. Zugang  
ist fernzuhalten.

## Mitglieder-Versammlungen

finden statt in:

Altenburg am Sonntag, den 23. Novbr., nachm. 8 1/2 Uhr im  
„Schwarzen Adler", Kesselgasse 19.  
Altona am Montag, den 24. Novbr., abends 9 Uhr bei Herrn  
Geil, Al. Freiheit 87.  
Barmbeck am Mittwoch, den 26. Novbr., abends 9 Uhr bei  
Herrn A. Nisch, Hamburgstr. 161.  
Barmstedt am Sonntag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
im Lokale des Herrn F. Forstner, Königstr. 18.  
Brandenburg am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
bei Wintels, Hauptstr.  
Braunschweig am Montag, den 24. Novbr., abends 9 Uhr im  
„Gewerkschaftshaus", Berber 82.  
Bremen haben am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
im „Gasthof zur Gide", Langebr.  
Burg am Sonntag, den 6. Dezbr., abends 8 Uhr im Vereins-  
lokal.  
Danzig am Montag, den 24. Novbr., abends 8 Uhr bei Herrn  
Ch. Schag, Fischmarkt 8.  
Groß Lichterfelde am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
bei Herrn Kähn, Neue Dorfstr. 7.  
Gildesheim am Montag, den 24. Novbr., abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus", Gohlfenst.  
Kaiserslautern am Sonntag, den 23. Novbr., abends 9 Uhr  
im Gesellschaftshaus, Eisenstr. 26.

## Chrenfriedersdorf.

Donnerstag, den 27. November, abends 8 1/2 Uhr in  
Schwants Gasthaus

### Große öffentliche Schuhmacherverammlung.

Thema:  
Die Folgen der wirtschaftlichen Krise und die Aufgaben  
der Arbeiter. Referent: Kollege Kölle, Würzburg.  
Zahlreiche Beteiligung wünscht.  
Der Bevollmächtigte.

Werkzeuge, prima Qualität, für Hand- und  
mechanischen Betrieb.

Spezialität: Schwedische Messer, versch. Facons,  
alleinige Niederlage Schwedischer Brennergeräte.  
E. Vögtle, Berlin N., Lothringergtr. 22.  
Langjähriges Mitglied des Vereins d. Schuhmacher.  
Man verlange neuestes Musterbuch nebst Preisliste gratis u. franko.

### Aufforderung.

Der Schuhmacher Louis Weller, Nr. 35505, gebürtig aus  
Siedlich bei Lommahag wird hierdurch aufgefordert, seine jährliche  
Familienverhältnisse halber an Unterzeichneten sofort einzuweisen.  
Zug seine Kollegen, welche den Aufenthaltsort kennen, bitte  
ich um gefällige Mitteilung.  
Louis Weller, Meisen, Wolltestraße 2, 2. Et.